

Massen: Stadt plant Umfrage zu Lidl und Edeka

Neubauten für Lidl und Edeka in Massen? Wichtige Antwort sollen die Bürger geben.

Von Thomas Raulf

Unna. Nach kontrovers geführten Diskussionen in der Bevölkerung und in der Politik 2020 war es ruhig geworden um das Thema Einkaufszentrum Massen. Hinter den Kulissen laufen Vorbereitungen, aber nicht für Gebäude oder Straßenumbauten an der Massener Bahnhofstraße, sondern für eine Meinungsumfrage. Die Politik steht im Wort: Sie muss die Bürger zu den umstrittenen Lebensmittelmärkten befragen.

Im Sommer hatte der Rat beschlossen, dass die Aufstellung eines Bebauungsplans beginnen soll, dass vorher aber etwas für Unna Ungeöhnliches erfolgen muss: eine Befragung der Bevölkerung. Seine Mitarbeiter würden derzeit die Bürgerbefragung vorbereiten: Das antwortete der Technische Beigeordnete Jens Toschläger jetzt auf eine Anfrage des FLU-Fraktionsvorsitzenden Klaus Göldner zum Stand des Verfahrens. Die Stadtverwaltung arbeite mit einem externen Büro und einer Sozialwissenschaftlerin zusammen, berichtete Toschläger. Das Umfragekonzept auf die Beine zu stellen, sei „nicht so einfach“, verriet Unnas Chefplaner. „Es geht nicht nur darum, ja oder nein abzufragen.“

Befragung wird analog und digital durchgeführt

Toschläger bestätigte, dass die Meinungserhebung gleichzeitig analog und digital erfolgen soll - barrierefrei, damit alle teilnahmeberechtigten Bürger daran mitwirken können. Im nächsten Stadtentwicklungsausschuss soll das Befragungsprojekt vorgestellt werden.

Claudia Keuchel, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, erbat für die



Wie gut ein Supermarkt „läuft“, darüber stimmen Kunden mit den Füßen ab. In Unna können Bürger demnächst im Vorfeld Zustimmung oder Ablehnung erklären: Es gibt eine Befragung.

SYMBOLFOTO DPA

Politik eine frühzeitige Mitbestimmung. Die Verwaltung solle den Fragenkatalog der Politik vor dem Start der Umfrage zur Beratung vorlegen, nicht bloß das fertige Konzept präsentieren.

Offen ist, ob hier tatsächlich der Stadtentwicklungsausschuss beteiligt wird oder die Politik und Öffentlichkeit in anderer Form. Es wird davon abhängen, wann die Verwaltung ihre Planungen vorstellen kann und wie sich bis dahin die Corona-Pandemie entwickelt hat. Für den Rest des Januars und aller Voraussicht nach auch darüber hinaus gilt, dass politische Sitzungen auf das Nötigste beschränkt werden. Solange die strengen Regeln der Kontaktvermeidung gelten, tagen mit Ausnahme des Jugendhilfeausschusses keine Fachausschüsse des Rates, zu denen auch der Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität zählt. Denkbar wäre also auch, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss mit dem Thema befasst, der im Moment wichtige Themen bei Bedarf anstelle der Fachausschüsse behandeln soll.